

Inland.

Berlin, den 25. Okt. (Spen. Ztg.) Gestern Morgen um 6 Uhr wurde durch den Zeughaus-Lieutenant, auf den Antrag der Universitätsbehörde, das nicht currente Waffendepot des Studentencorps aus der Universität nach dem Zeughause geschafft. Diese Maßregel wurde durch ein Rescript des Ministers des Innern veranlaßt, welches befiehlt, die Waffen der betreffenden Behörde anzuliefern. Das bewaffnete Studenten-Corps steht aber unter dem Befehl des Central-Commando's der Bürgerwehr, welches bereits vorher das Commando der Studenten ermächtigt hatte, um 8 Uhr das Depot, unter Bedeckung von 10 Mann, nach dem Schlosse zu schaffen. Es sind bereits von dem Corps die Beschwerdeschritte bei dem Commando der Bürgerwehr eingeleitet worden.

Die Deputirten der Rheinprovinz haben für ihre Wähler eine Uebersichtsliste ihrer Abstimmungen bei wichtigen Fragen in der Nationalversammlung aufzuziehen und lithographiren lassen. Die Deputirten sind nach den Rheinischen Regierungs-Bezirken Köln, Düsseldorf, Coblenz, Aachen und Trier geordnet.

Vorgestern Nachmittag wurde in der Moabiter Maschinenbau-Anstalt die erste eiserne Kanonen-Schaluppe vom Stapel gelassen. Der solide Bau der Schaluppe findet allgemeine Anerkennung. Der Zeitpunkt, wann das Schiff vollständig aufgetakelt sein wird, soll noch besonders bekannt gemacht werden.

Der Student Schöffel, welcher am vergangenen Sonntag hier durchreiste, hatte, wie wir hören, seine Festungshaft noch nicht völlig überstanden, sondern da er in der letzten Zeit nur Stuben-Arrest hatte, diesen benutzt, um die Flucht zu ergreifen.

Der Maschinenbauarbeiter-Verein erklärt in einem Placat, daß, wenn es je wieder zu einem Bruderkampf zwischen Bürgerwehr und Arbeiter kommen sollte, die Maschinenbauarbeiter unbewaffnet zwischen beide treten und mit ihren Leibern einen solchen Kampf verhindern würden. Sollte aber die Reaction einen Angriff auf die Freiheit wagen, so würden sie mit den Bürgern und Arbeitern bewaffnet in einer Reihe kämpfen.

Schleswig-Holstein. Das Schreiben des Reichskommissars, Herrn Stedtmann an die provis. Regierung über die Einsetzung der Interims-Regierung lautet, wie folgt: „Hohe prov. Regierung der Herzogthümer Schleswig-Holstein! Auf Befehl Sr. Kaiserl. Hoheit des Erzherzogs-Reichsverwesers habe ich einer Hohen prov. Regierung der Herzogthümer Schleswig-Holstein zu eröffnen, daß der Augenblick eingetreten ist, in welchem Hochdieselbe die im Namen Sr. Maj. des Königs-Herzogs seit beinahe 7 Monaten mit mannhafter Ehre ausgeübte Gewalt niederzulegen hat. Die Deutsche Reichsregierung hat nicht den mindesten Grund, es zu bezweifeln, daß die Wahrung der nationalen, staatlichen und volksthümlichen Rechte und Interessen der einzige Beweggrund gewesen ist, welcher sechs der achtbarsten Männer des Landes bewogen hat, in den schwierigsten Zeitumständen der laut ausgesprochenen Stimme des Landes einen Ausdruck zu verleihen und, unter Zustimmung nicht bloß der angesehensten Einwohner, sondern der ganzen Bevölkerung, zur Vermeidung einer offenbar drohenden Anarchie, im Interesse der öffentlichen Ordnung die Leitung der Regierung zu übernehmen. Sie selbst haben es mit Deutscher Rechtlichkeit öffentlich und feierlich ausgesprochen, daß Sie mit den Rechten des Landes zugleich die Rechte des Herzogs aufrecht erhalten und die übernommene Gewalt zurückgeben wollten, sobald die Deutsche Centralgewalt Ihr Zurücktreten fordern werde. Die prov. Centralgewalt spricht im Namen von ganz Deutschland, indem sie mich beauftragt, der Hohen prov. Regierung der Herzogthümer Schleswig-Holstein, welche durch den Bundesbeschluß vom 12. April d. J., unter Vorbehalt der Rechte des Herzogs, anerkannt ist — ihren und des ganzen Deutschen Vaterlandes Dank auszusprechen für die Vaterlandsliebe und Festigkeit, die Weisheit und Mäßigung, mit welcher Hochdieselbe unverjährbare nationale und politische Rechte des Schleswig-Holsteinischen Volkes, geschichtliche Rechte Sr. Maj. des Königs-Herzogs, die Volksfreiheit und gesetzmäßige Ordnung, und zum Ruhme der ganzen Nation die Deutsche Sache vertreten hat. Die Männer, welche die drohende Gefahr nicht gescheut und die schwersten Opfer gebracht haben, um von ihrer Heimath die größten Uebel und von Deutschland den Verlust eines seiner theuersten Glieder abzuwenden, haben sich um das ganze Vaterland verdient gemacht. Die Deutsche National-Versammlung hat den zwischen der Krone Preußen in Vertretung der Deutschen Centralgewalt und der Krone Dänemark am 26. August zu Malmö abgeschlossenen Waffenstillstand unter gewissen, in der Verwirklichung begriffenen Modifikationen genehmigt, und die Regierung des Reichsverwesers sich mit der Königl. Preuß. Regierung verständigt über die Personen, welche aus den zehn im ersten Zusatzartikel des Waffenstillstands-Vertrags genannten auszuwählen sind, um auf die heilsamste Weise die im Art. 7. desselben Vertrages in Aussicht gestellte gemeinsame Regierung der Herzogthümer Schleswig-Holstein zu bilden. Es sind: Joh. Fr. Ernst Baron v. Heintze, Amtmann zu Bardsholm; Adolph Bernhard Wilhelm Erdmann v. Moltke; Alex. Friedr. Wilh. Preusser, Oberappellations-Rath; Theod. Graf v. Reventlow zu Jersbek und Landvogt Bohsen in Heide. Graf Reventlow kommt den Vorsth führen. „Ich halte mich überzeugt, daß die genannten fünf Herren das Vertrauen des Landes besitzen und verdienen, und fordere ich im rückzustellenden Schreiben des Königl. Preussischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, die Herren Mitglieder der Hohen provisorischen Regierung der Herzogthümer Schleswig-Holstein auf, die genannten Personen der Landesversammlung kund zu geben und mich von dieser Kundgebung zu benachrichtigen. Schleswig, den 16. Oktober 1848. Stedtmann, Reichskommissar.“

Schleswig, den 20. Okt. Die Berathung über den Antrag des Advocaten Friederici führte in der heutigen Sitzung der Landes-Versammlung schließlich zur Annahme eines Gesetzes, durch welches allen deutschen Kriegern, welche in Folge ihrer Dienste im diesjährigen Kriege gegen die Dänen zur Erwerbung ihres Unterhalts unfähig geworden sind und kein Vermögen besitzen, einerlei, ob sie bei den schleswig-holsteinischen oder bei den Hülfsstruppen, ob sie im regulären Militair oder in einem Freicorps gedient haben, sowie auch den Wittwen und Kindern der gefallenen oder verwundeten Krieger unter gleicher Bedingung ein gesetzlicher Anspruch auf Unterstützung aus der schleswig-holsteinischen Staatskasse zuerkannt und zu diesem Zwecke vorläufig eine Summe von 15,000 Thlr. jährlich ausgezahlt wird.

Durch Verfügung der provisorischen Regierung vom 17. Okt. werden die dänischen Schiffe in den Häfen der Herzogthümer den Schiffen nicht privilegirter Nationen gleichgestellt. — Die Schleswig-Holsteinische Zeitung enthält das am 17. Okt. von der provisorischen Regierung publicirte Aufbruchgesetz, welches die Bedingungen des Einschreitens der Behörden gegen gefährdende Volksversammlungen unter freiem Himmel angiebt.

Frankfurt a. M., den 20. Okt. (D. P. A. Z.) 100te Sitzung der verfassunggebenden Reichs-Versammlung. (Schluß.) Reiter aus Prag: Ich erkenne kein spezielles Vaterland an, wie der Vorredner, sondern nur eines, nämlich Deutschland. Zu bedauern ist es, daß gerade diejenigen, welche ihrem speziellen Vaterlande so sehr anhängen, am allerwenigsten dessen Verhältnisse genau kennen. Statistische Angaben beweisen, daß die Oesterreichisch-Slavische Bevölkerung niemals im Stande sein wird, ein sogenanntes Slavisches Oesterreich zu bilden. Damit aber die Stellung Oesterreichs zu Deutschland klar werde und die provisorische Centralgewalt in ein Definitivum sich umwandeln könne, so möge die Versammlung heute noch über die vorliegende Frage entscheiden. Bereits wüthet der Bürgerkrieg in Oesterreich; zu lauges Zögern kann ihn uns noch näher bringen. Um den Panславismus zu sprengen, giebt es kein anderes Mittel, als die Vereinigung der Magyarschen und Walachischen Stämme. Man rühmt sich in Oesterreich, das Slaventhum bemerkt zu haben; Thatsache ist jedoch das Gegentheil, wie denn auch die einzelnen Völker keinesweges beisammen bleiben wollen, sondern nach besonderen Nationalitäten sich abzusondern anstreben. Italiener und Magyaren wollen die Trennung von Oesterreich. Nur durch die Personal-Union ist das Land zu retten, nur durch sie kann die Erhaltung der Dynastie bezweckt werden. Möge die Versammlung diesen Gegenstand nicht als Parteifrage, sondern als eine rein Deutsche Sache behandeln. Die Bewegung in Wien ist keine demokratische, sondern eine nationale. Lassen Sie uns diese Gelegenheit benutzen, unseren Deutschen Brüdern die Hand zu reichen, vielleicht kommt keine zweite Gelegenheit mehr. Wiesner stimmt nicht für eine Personal-Union, weil jetzt oder in der nächsten Zeit Deutschland sich eine Verfassung geben kann, welche die Personal-Union überflüssig macht. Wais: Deutschland hat das große Unglück gehabt, daß es an allen seinen Grenzen in haltlose Zustände gerathen ist. Dies ist mit Limburg, Luxemburg, Schleswig-Holstein und Posen der Fall, wozu sich noch jetzt die Oesterreichische Frage gesellt. Oesterreich hat eine große Mission zu erfüllen, nämlich die Nationalitäten zu konzentriren und Deutsches Wesen im Südosten zu verbreiten. Diese Bestimmung kann es nicht erfüllen, so lange es als ein Slavisches Land in Anspruch genommen wird. Was in Oesterreich Deutsch ist, muß ganz Deutsch sein und zu Deutschland gehören. Die Nationalitäten haben sich erhoben, und sie werden zu ihrer Selbstständigkeit eine staatliche Gestaltung verlangen. Die Alternative ist, Deutsch-Oesterreich mit und in Deutschland oder mit und in Oesterreich. Auf beiden Seiten sind Rechte vorhanden. Aber auch wir haben ein Recht, festzuhalten an jenem Lande, welches ein Theil des Deutschen Reichs war. Wenn man uns das Recht der pragmatischen Sanction entgegenwirft, so besitzt Deutschland Rechte, welche älter sind, als jener Hausvertrag. Eine exceptionelle Stellung der Oesterreichisch-Deutschen Provinzen mag für Oesterreich vorthellhaft sein, für Deutschland ist sie es nimmermehr, weil in diesem Falle leicht ein Zustand hervorgerufen werden könnte, wo Deutschland zwischen einer zweifachen Politik in der Schwebe wäre. Keine Alternative, nur die eine Voraussetzung: Deutsch-Oesterreich bleibt bei uns, denn Deutschland will, muß und wird sich einigen. v. Würth: Wird Oesterreich von Deutschland getrennt, so wird Deutschland zerrissen und zerspalten, und eine Einigung des übrigen Deutschlands ohne Oesterreich ist nimmer möglich. Kein Dualismus existirt in Deutschland; von jeher hat nur die Einheit bestanden. Aus diesem Grunde spreche ich gegen das Minoritätsgutachten, wie auch gegen jede Personalunion, weil dieser Zustand an sich schon das Zeugniß ablegt, daß zwei Staaten nichts mit einander gemein haben wollen. Auch mit einer Modifikation kann das Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland sich fest gestalten. Diese Gestaltung herbeizuführen, giebt es nur einen Weg, nämlich den, daß die Centralgewalt von der National-Versammlung beauftragt werde, mit der Oesterreichischen Staatsregierung sich in's Einvernehmen zu setzen, zum Zwecke der Herbeiführung der zu einem Eintritt Oesterreichs in die Deutschen Bundesstaaten erforderlichen Modifikationen. Giska entwickelt in einem längeren Vortrage die obschwebenden Verhältnisse Oesterreichs, in seiner Stellung zu Deutschland und den außerdeutschen

Ländertheilen. In der heutigen Berathung tritt eine Ecke scharf hervor; es ist die Oesterreichische Frage. Nicht gilt es mehr, die Augen zuzudrücken, sondern mit offenem Blicke die Gefahr zu erkennen. Wie bei Posen und Holstein, so sprechen Sie auch heute Ihre Liebe für die Deutsche Sache aus. Die Einheit Deutschlands muß werden, auch wenn die alten Throne ihren Glanz verlieren und die Dynastien zusammenstürzen! (Anhaltender, lebhafter Beifall.) Die Versammlung entscheidet sich für die Vertagung der Debatte. Secretair Biedermann verliest eine Erklärung des Abg. Kerst und seiner Posener Genossen, worin dieselben, gegenüber der gestrigen Erklärung des Abg. Liebelt, sich für verpflichtet halten, die Ansicht ihrer Wähler dahin auszusprechen, daß dieselben mit der Einverleibung des Deutschen Theiles des Großherzogthums Posen in den Deutschen Bund vollkommen übereinstimmen. Vice-Präsident Kieffer trägt mehrere Urlaubsgesuche vor, nach deren Genehmigung die Sitzung um 3 Uhr Nachmittags geschlossen wird. Nächste Sitzung Montag den 23. Okt. Tagesordnung: Fortsetzung der Berathung über Art. II. §. 2—4. des Verfassungs-Entwurfs.

Aus dem Herzogthum Limburg, den 21. Okt. Mehrere Bürger der mittleren und wohlhabenderen Klasse aus der Umgegend von Broekhuysen beabsichtigten, sich vorgestern in Broekhuysen zu versammeln, um über eine Eingabe an das Reichsministerium zu berathen, durch welche sie sich Auskunft über den Stand der mit der Niederländischen Regierung wegen Limburg gepflogenen Unterhandlungen erbitten wollten. Bevor sich aber noch Mitglieder dieser Versammlung in dem dazu bestimmten Wirthshause eingefunden hatten, erschien ein Corps von drei Brigaden berittener Gensd'armen in vollständiger Kriegsrüstung, als gelte es einen gewaltigen Aufstand zu unterdrücken, welches sich theils in dem bezeichneten Wirthshause einquartirte, theils die anderen Wirthshäuser durchstreifte und die Umgebung recognoscirte. Als Zweck des Erscheinens dieses schreckenerregenden Corps in einem stillen Dörfchen von kaum 600 Einwohnern wurde angegeben, man wolle den deutschen bond uitwinnen. Die friedliebenden Bürger, welche nicht anders als auf gefeglichem Wege ihre politische Lage zu verbessern streben und jedem Conflict mit der bewaffneten Macht sorgfältig auszuweichen suchen, überließen den Gensd'armen ihr Versammlungs-Lokal und blieben ihnen fern. So verfährt die Regierung des Herzogthums Limburg; wo sich nur Sympathie für das deutsche Reich kund gibt, ist man gleich bei der Hand, dieselbe durch Furcht vor den Bajonetten zu unterdrücken; und das geschieht in einem Deutschen Lande, welches unter dem Schutze der Deutschen Reichsgewalt steht.

München, den 13. Okt. Der schenliche Mord des greisen Latour hat bereits unserer schändlichen Flugblatt-Literatur Gelegenheit zu den niederträchtigsten Zeichnungen, Anrufen und Mahnworten gegeben. Mit wahrhaftem Ekel und Empörung mußte man sich gestern von den fliegenden Buchläden an allen unsern Straßenecken wegwenden, an denen unter der Aufschrift: „an Volksverräthern zum abschreckenden Beispiel“ die Gestalt eines Mannes an einem Galgen aufgehängt mit den Worten: „Die Nemesis, sie ist erwacht und hat den Caraus ihm gemacht; und jeden Bureaukratenzopf nimmt man auf diese Art beim Schopf“, um einen Kreuzer verkauft wird. Unter dem Motto: „Hier ruht Latour, der erste Grenadier“ wird die Art und Weise des Mordes hingestellt, derselbe als ein Akt der Nothwendigkeit angepriesen und dieses Nachwerk unerhörter Vertheidigung mit den Worten geschlossen: „Wir wollen sehen, ob Latour's Tod für andere Minister, namentlich für die Reichs-Minister in Frankfurt, ein abschreckendes Beispiel war, oder ob sie nach ähnlicher Ehre geizen.“ Ist das Pressefreiheit? Wohin soll es kommen, wenn solcher zügellosen Frechheit, die jeder Moral, jedem sittlichen Gefühl offen Hohn spricht, nicht energisch gesteuert wird? (Nachschrift.) So eben erfahren wir, daß der derzeitige Minister des Innern, Frhr. von Lerchenfeld (Minister von Thon-Dittmer ist für einige Tage in Urlaub) obiges Schandblatt schon gestern Abend hat konfisziren lassen.

(A. 3.)

Ein Münchener Localblatt enthält folgende Annonce: „Wer von Regensburg aus nach Wien unentgeltlich zu Wasser hinreisen will, der möge bis Donnerstag in der Frühe in Regensburg eintreffen und sich im Gasthaus zum „Hecht“ beim dortigen Gastgeber melden. Wer Waffen hat möge dieselben mitbringen.“ (Münch. R.)

München, den 20. Okt. Der gestrige Abend ist ohne Ruhstörungen vorübergegangen. Eine Deputation des Ausschusses des Bürgervereins für Freiheit und Ordnung hatte sich gestern Nachmittag nach Nymphenburg zum Könige begeben, um dem Monarchen die Vorfälle der letzten Tage in ihrer ganzen Wahrheit darzulegen. Die Deputation hatte eine lange Audienz. Der König hat der Deputation die Versicherung gegeben, die genaueste Untersuchung des Vorgefallenen anordnen und gewiß Vorsehung treffen zu wollen, daß ein ähnlicher Fall sich nicht wieder ereigne, wobei er sich gern der Hoffnung hingabe, ganz auf den treuen Beistand der Bürger von München rechnen zu dürfen. Man vernimmt, daß unmittelbar, nachdem die Deputation des Vereins Nymphenburg verlassen hatte, der König zu den Ministern sendete, um dieselben nach Nymphenburg zu entbieten. Die Stabsoffiziere der Landwehr werden diesen Vormittag zu gleichem Zweck Audienz beim Könige haben. Von den vorgestern beim Krawall in der Hofbäckerei verwundeten Krawallern ist gestern einer, ein Artilleriesoldat, gestorben, demnach das zweite Opfer des traurigen Tages. Die Zahl der Verwundeten ist nicht unbedeutend, getödtet wurde aber nur ein Individuum, ein Schuhmachergehilfe im Pschorr'schen Brauhause.

Darmstadt, den 21. Okt. Nachdem der Nationalverein für deutsche Answanderung und Ansiedelung und resp. der großherzogl. hessische Zweigverein zu Darmstadt bereits am 12. Okt. über Gernsheim zu Dampfschiff nach Köln, von da zur Eisenbahn bis Bremen und von dort durch das unterm 16. Okt. abgegangene Schiff Anne Welsch neun Personen nach Newyork expedirt hatte, folgten nun gestern auf demselben Wege durch das von Bremen unterm 25. Okt. abgehende Schiff Uhlund nach Neworleans 50 erwachsene Personen, 25 Kinder unter zehn

Jahren und acht Säuglinge, sämmtlich aus dem Großherzogthum Hessen. Diese Gesellschaft, die größtentheils aus unbemittelten Handwerkern besteht, wurde durch Privatmittel hiesiger Einwohner und durch einen Beitrag von 1500 Fl. aus den städtischen Armenfonds frei nach dem Ort ihrer Bestimmung befördert, und dort angelangt, empfingen sie noch eine Unterstützung von 30—40 Fl. für die Familie.

Wien, den 20. Oktober. (Od.-Z.) Die Leopoldstadt und Jägerzeile wird gegen die Truppen des Windischgrätz im großartigsten Maßstabe verbarrikadirt und mit Kanonen versehen. Man spricht auch vom Aufwerfen deckender Schanzen und will die Donaubrüden in Brand stecken, welches aber schon des dadurch erschwerten Verkehrs wegen um so mehr zu hindern wäre, als die im Besitze der Insel Lobau befindlichen, mit Pontons versehenen Truppen durch Vernichtung der Donaubrüden in keinen wesentlichen Nachtheil kämen.

Der Allg. Oderzeitung wird aus Wien vom 20. Oktober geschrieben: Schon jetzt sind 20,000 Bürger dem Proletariat verfallen, bis zum Neujahr werden es 100,000 sein. Lassen wir etwas Rechnung machen: Im Jahre 1847 betrug das Einkommen Oesterreichs 160 Millionen! Damals war tiefer Friede! Gewerbe, Handel im besten Gange; Italien und Ungarn trugen ihre Rente dazu bei. — Im Budget pro 1849 ist der außerordentliche Militair-Etat mit 80 Millionen angesetzt. Italien, Ungarn fällt ganz aus. Die Steuerfähigkeit nimmt jede Stunde ab, der Ausfall der indirekten Steuern, der schon 1848 zu einer Anleihe von 20 Millionen nöthigte, wird 1849 noch viel mehr betragen, und so wird der Staat von selbst zerfallen, den die Dynastie mit corrumpten Armeen und servilen Ministern noch zusammenkleimen will. Dies ist nicht Hypothese, sondern Faktum!

— In Bezug auf das Gerücht von dem Schusse, sagt die Oester. Ztg.: „Das Gerücht eines Schusses auf den Kaiser können wir nicht glauben. Dem armen betrogenen Mann nach dem Leben trachten! Schändlich! Es ist zwar bekannt, daß die Partei, welche jetzt alle Zustände verwirrt, daß die Camarilla schon vor Jahren mit Schüssen den Kaiser erschreckt hat; wir können uns denken, daß jetzt eine ähnliche Schandthat den Feinden des Volkes nützlich erscheint, weil dadurch das Mißtrauen um so mehr die Seele des Mannes beherrschen mußte, von dem wir Verfallsen verlangen. Was immer an jenem Gerüchte wahr sein mag, es hätte nie vorfallen können, würde der Kaiser bei dem Volke geblieben sein, hätte er seine Umgebung von Wien entfernt, anstatt sich selbst zu entfernen.“

Kronstadt, den 7. Okt. Fürst Bibesco hat uns heute verlassen, um nach dreimonatlicher Entfernung sich wieder in die Moldau zurückzugeben. Gliad und Zell, Mitglieder der romanischen provisorischen Regierung, sind gestern hier durch nach Frankfurt gereist, um die Freiheit der romanischen Völker, die Rußland bedroht, Oesterreich mißachtet, unter den Schutz der deutschen Nation zu stellen.

Krakau. (A. O. Z.) Das alte Schloß, der ehrwürdige Wohnsitz der Jagellonen, ist nicht mehr zu kennen, dasselbe ist vollständig in Vertheidigungszustand gesetzt, so zwar, daß es wenigstens einer Armee von 20,000 Mann und eines tüchtigen Artillerieparkes bedürfte, um solches mit einigem Erfolge anzugreifen. Während der äußere Wall mit 12- und 24pfündigem Geschütz besetzt ist, sind oben auf der Plattform dieser alten Königsburg, gerade wo Johann Sobiesky's Lieblingsaufenthalt gewesen war, Mörser im Kaliber von 60 bis 90 Pfund aufgestellt. Jeder Mörser hat schon seine Bestimmung auf einen Stadttheil, und ist zu diesem Behufe mit eigenen Nummern versehen. Der Mörser Nr. 1 ist auf das Dominikanerkloster gerichtet, der von Nr. 2 auf den Potocky'schen Palast, Nr. 3 nach den Stradom und so weiter. Von einer Besetzung Krakaus durch die Russen ist noch keine Rede, das russische Militär zog sich meistens gegen den Pruth hinab, die nächste Besetzung von Krakau im russischen Gebiete, bildet, nebst dem Grenzordon durch die Kosaken, ein Bataillon des 11. Jägerregiments, welches an zwei Meilen weit zerstreut liegt. Ueber der Grenze herrscht Todtenstille und unserm Handel stehen noch immer die alten unübersteiglichen Schwierigkeiten gegenüber. — Im Wadowicer Kreise an der ungarischen Grenze, dem Arvaer Comitatz zu, wurden an 9000 Mann zusammengezogen, dieselben sollten nach Ungarn einrücken, haben aber so eben Gegenbefehl erhalten und warten auf die weitere Weisung. Die errichteten Reservebataillons in Galizien befinden sich in dem schlechtesten Zustande, ohne Wäsche, nur mit Kitteln bekleidet, in zerrissenen Schuhen und mit fast unbrauchbaren Waffen versehen. In der Monturskommission in Jaroslaw, wo so viele Monturstücke vorrätig sein sollten, fand man höchst miserable Vorräthe, und doch vernahm man früher, es wäre alles vollkommen ausgerüstet.

Ausland.

Frankreich.

Paris den 19. Oktober. Fast alle Journale behaupten, die Abkündigung über die Verfassung werde nächste Woche erfolgen und die Wahl des Präsidenten der Republik auf den 25. November festgesetzt werden, wie gestern im Ministerrathe beschlossen worden sei; das desfallsige Decret solle schon im Anfange der nächsten Woche zur Vorlage kommen. Auch ist die Rede davon, daß die Versammlung sich nach Revision der Verfassung, welche etwa um die Mitte Novembers beendigt sein kann, auf mehrere Wochen vertagen und ihre Gewalt inzwischen einer Commission von 60 Mitgliedern übertragen werde. — Der neue Polizeipräsident, Herr Gervais, beabsichtigt wichtige Veränderungen in seinem Beamten-Personal, so wie eine strengere Handhabung der polizeilichen Vorschriften. Gegen Diebe, Bettler u. s. soll mit mehr Strenge als seither eingeschritten werden. — In den Salons des Minister-Präsidenten hatten sich gestern, mit Ausnahme des Berges, fast alle Mitglieder der National-Versammlung eingefunden, und darunter auch jene, die bisher noch nie bei Cavaignac erschienen waren; die Veränderung des Ministeriums wurde dort allgemein und laut gebilligt. — Aus Bordeaux wird gemeldet, daß viel Communisten dort eingetroffen sind, um sich nach Jearien einzuschiffen. Die dasigen Socialisten gaben ihnen ein Banket.

In der heutigen Sitzung der National-Versammlung verlangte Hr. Bou-

bet das Wort, um das neue Cabinet bezüglich der auswärtigen Angelegenheiten und zwar vorzüglich über Italien zu befragen, dessen Befreiung die provisorische Regierung versprochen habe. Hr. Bastide erklärte, in der auswärtigen Politik des Landes habe sich nichts geändert, sonst würde er nicht mehr Minister sein. Hr. Baune äußerte, daß ihn die Erklärung des Ministers nicht befriedige; er frage ihn daher, welches die gegenwärtige Lage von Venedig und der Lombardie sei und ob die von Frankreich bezüglich dieser Provinzen gegebenen Versprechungen gehalten worden seien. Der Minister möge einen Tag festsetzen, um dann die begehrten Erläuterungen zu geben. Herr Bastide erwiderte, daß er der Versammlung zu Befehl stehe; sie habe zu entscheiden, ob die verlangten Erläuterungen angemessen sein würden. Beharre sie darauf und glaube sie, einen Tag für die Erläuterungen anberaumen zu müssen, so könne er dies nur dahin auslegen, daß er ihr Vertrauen nicht mehr besitze. Der Antrag des Herrn Baune wurde durch die vorläufige Frage mit ungeheurer Majorität beseitigt. — Nachdem Herr Pascal Duprat über das auf die innere Verwaltung bezügliche Kapitel der Verfassung gesprochen und die Fehler des jetzigen Verwaltungs-Systems aufgezählt hatte, machte Herr Corbon, welcher den Präsidentenstuhl inne hatte, das Ergebnis des Scrutiniums für die Wahl eines Präsidenten der Versammlung bekannt; dieselbe war zum vierten Male mit ungeheurer Majorität auf Marast gefallen, der sofort Herrn Corbon ersetzte. Herr Aylies kündigte als Berichterstatter der zur Vernehmung von Mittheilungen der Regierung niedergesetzten Commission an, die Regierung begehre unter ihrer eigenen und persönlichen Verantwortlichkeit, daß der Belagerungszustand aufgehoben werde, und die Commission stelle den Antrag auf Genehmigung des Begehrens der Regierung. Sie schlage daher, weil sie gleich der letzteren die Ansicht hege, daß die gegenwärtige Gesetzgebung für alle Bedürfnisse der Lage genügen könne, der Versammlung die Genehmigung des nachstehenden Decretes vor: „Das Decret vom 24. Juni, welches die Stadt Paris in Belagerungszustand versetzt, ist und bleibt aufgehoben.“ Von allen Seiten wurde sofortige Abstimmung begehrt; dieselbe erfolgte und der beantragte Decretentwurf für Aufhebung des Belagerungszustandes wurde einstimmig angenommen. — Die Berathung des Verfassungsentwurfs wurde nun fortgesetzt und nach Annahme des Art. 73. das von Richard zu Art. 74. beantragte Amendement verworfen, worauf die Versammlung für Zurückweisung der Artikel 74. bis 77. an die Commission entschied. Das Kapitel IX., welches von der aus Nationalgarde und Armee bestehenden öffentlichen Macht handelt, kam hierauf zur Berathung. Art. 106., welcher den Zweck der öffentlichen Macht feststellt, wurde angenommen. Ueber Art. 107., nach welchem jeder Franzose, vorbehaltlich der gesetzlich bestimmten Ausnahmen, zum Dienste im Heere und in der Nationalgarde verpflichtet ist, entspann sich eine Erörterung, deren Fortsetzung jedoch auf Antrag des Kriegsministers bis morgen vertagt wurde.

— Aus dem Elsaß berichtet der „Berner Verfassungsfreund“ Folgendes: „Nachdem mehrere Schweizerblätter den Aufenthalt des verächtigten Siegwart-Müller in Ribeauville (Rappoltswiler) angezeigt hatten, veräumte die Präfectur des Oberrheins nicht, über dieses verdächtige Individuum sogleich nähere Erkundigungen einzuziehen. Man entdeckte hierbei, daß zahlreiche Boten aus allen Weltgegenden in Ribeauville anlangten und abgingen, darunter auch an die Armee Radetzky's in Italien, und daß überhaupt dieser Ort zu einem zweiten Eplenz der Schweizerischen oder vielmehr Sonderbündlerischen Reaction erkoren war. Mehrere Chefs der Jesuiten hatten sich bereits dafelbst eingefunden. Der Präfect, Bürger Fawtier, legte diesen Leuten aber bald das Handwerk. Siegwart, der ebenfalls in Colmar seine geheimen Freunde besitz, begab sich eiligst in das Bad Sulzmatt, wo er sich geborgen glaubte. Doch auch von da scheint ihn die französische Gendarmerie verschleucht zu haben. Indessen vermuthet man ihn immer noch im Elsaß. In Straßburg und in Ikenheim haben die Jesuiten Häuser. In Ribeauville logirte Siegwart bei einem gewissen Schneider, einem reichen und dumfsgläubigen Affiliirten des Ordens. Ein Durchreisender machte sich den Spaß, daselbst eine Listenfarte des Dr. R. Steiger aus Luzern abzugeben, welche die Familie Schneiders im heiligen Eifer sogleich nach Sulzmatt sandte. Die Schweizer Regierungen mögen etwas vorsichtig sein; das Oberrheisaß ist eine Position, welche die intriguirenden Sonderbündler nicht so bald aufgeben werden. Sie werden von der sogenannten honnetten Republik (den geheimen Französischen Monarchisten) thätig unterstützt.“

Schweden und Norwegen.

Sotholm, den 28. Sept. Der Stand der Geislichkeit auf dem Schwedischen Reichstage hat unserm neuen Strafgesetzentwurf unter andern auch folgenden Zusatz beigefügt: „§. 3. Wer von der orthodoxen, evangelischen Lehre abfällt, oder zum Abfalle davon verleitet, oder Irrlehren verbreitet, wird zu lebenswieriger Verbannung und zum Verluste aller bürgerlichen Rechte verurtheilt.“ Während Großbritanniens die letzten der Blutgesetze Heinrichs VIII. und Jakobs I. gegen die Katholiken aufhebt, will der Schwedische Clerus durch das bürgerliche Gesetzbuch dem Volke von Neuem die Intoleranz einimpfen.

Niederlande.

Haag, den 18. Oktober. Von allen Städten des Landes waren zu der Eröffnung der Generalstaaten am 16. zahlreiche Menschenmassen herbeigeströmt, welche denn auch den König mit unbeschreiblichem Jubel begrüßten. Se. Maj. konnte auf allen Gesichtern lesen, wie dankbar ihm das Volk war für die Reformen, welche es sich wohl bewußt war, der Beharrlichkeit, dem guten Willen und der Einsicht des Königs am Meisten schuldig zu sein. Se. Maj. hatte im Anfang der Thronrede gezeigt, wie der Fortschritt in Niederland friedlich zu bildeten warme Wünsche für die Zukunft des Vaterlandes und dafür, daß die Niederländer in dem Geiste beharren möchten, durch welchen es ihnen vergönnt worden, so großen Gefahren entgangen zu sein.

Versammlung zur Vereinbarung der preussischen Staats-Verfassung.

Vierundachtzigste Sitzung, vom 24. Oktober.

Präsident Grabow eröffnet die Sitzung um 9½ Uhr. Das Protokoll über die vorige Sitzung wird verlesen. Temme verlangt, daß darin bemerkt werde, der Abg. Riehe habe sein Votum auf Zureden Anderer geändert. Schriftführer Geßler hält es für nicht erforderlich. Hr. Cieszkowski will, daß im Protokoll nur das Resultat der Abstimmung vermerkt werde, welche Er-

innerung der Präsident für unbegründet erklärt, und ein Schreiben des Abg. Riehe verliest, worin derselbe erklärt: nachdem er beim Namensaufruf mit Zustimmung, seien von mehreren Collegen ihm harte Vorwürfe gemacht worden, weil das Phillipsche Amendement eine Hinterthür habe, und nur dazu dienen werde, die Deutschen in Posen unglücklich zu machen, indem es Mord und Blutvergießen herbeiführe; nun sei er zur Ueberzeugung gekommen, daß sein erstes Votum aus seiner wahren Gesinnung hervorgegangen sei, und müsse also dabei stehen bleiben. Temme zieht hierauf sein Monitum zurück, der Cieszkowski'sche Aenderungsvorschlag wird von der Versammlung verworfen, und das Protokoll sodann ohne fernere Erinnerung angenommen.

In Köln ist statt des Abg. Camphausen der Regierungs-Präsident v. Witgenstein gewählt worden. Er hat die Wahl angenommen, kann aber erst in 14 Tagen hier eintreffen. Der Urlaub bis dahin wird stillschweigend bewilligt. — Der Präsident theilt ferner mit, daß der Minister-Präsident ihm das gestern erwähnte Schreiben vorgelegt habe, worin der Landrath des Birnbauer Kreises Anzeige von der auf den Minister-Präsidenten gefallenen Wahl macht. — Seitens der Abg. Thüm, Geßler, Seeger, Scholz (Meßeritz), Heyne, Schmidt (Garnikau), Scheden, Bauer (Krotoszyn), v. Küpper, Schüge und v. Reichmeister ist ein dissentirendes Votum eingegangen, worin dieselben gegen die gestrige Annahme des Phillipschen Amendements protestiren, weil Niemandem Privilegien wider seinen Willen aufgedrungen werden dürften, weil die Polen bereits alle Rechte der Preußen besäßen, weil den Posener Deutschen durch Aufnahme Posens in den Deutschen Bund die Grundrechte der Deutschen bereits gesichert wären, weil die Aufrechterhaltung der Polnischen Nationalität durch die Erklärung der Frankfurter Versammlung über die gleiche Berechtigung fremder Nationalitäten in Deutschland hinreichend verbürgt wäre und weil das Großherzogthum Posen durch Abtrennung der vorherrschend Deutschen Landestheile ausgehöhlt habe, ein Ganzes zu bilden.

Einem dringenden Antrage der Abg. Waldeck und Ester ist von der Prioritäts-Commission der Vorrang vor der Tagesordnung eingeräumt. Der Antrag lautet: „Die hohe Versammlung wolle Folgendes beschließen: 1) Kein Erlass kann als Gesetz gelten und als solches durch die Gesetzversammlung bekannt gemacht werden, welcher nicht von der constituirenden Versammlung in Berlin beschlossen, angenommen, oder genehmigt worden ist. 2) Diejenigen Erlasse der Frankfurter Central-Gewalt oder verfassungsgebenden Versammlung, welche innere Angelegenheiten der einzelnen Länder, namentlich Polizeiwesen und Strafgesetzgebung zum Gegenstande haben, können für Preußen erst durch die Genehmigung der Preussischen Volksvertreter gesetzliche Geltung erlangen.“

Waldeck: Die Begründung der Dringlichkeit dieses Antrages läßt sich nicht von der Sache selbst trennen. Es liegt im Begriffe eines constitutionellen Staats, daß der Versammlung der Volksvertreter wenigstens ein Antheil an der Gesetzgebung zuzuehen muß. Ob dem Könige dabei überhaupt ein Veto, ob ein suspensives oder ein absolutes zustehen solle, das ist eine Frage, die bei Verastung der Verfassung entschieden werden wird, daß aber die Volksvertreter bei der Gesetzgebung mitzuwirken haben, das steht schon jetzt fest. Die Gerichtshöfe gingen früher auf die Einwendungen nicht ein, welche gegen die Entstehungsweise eines Gesetzes gemacht wurden, jetzt wird das anders sein, und es ist also von der äußersten Wichtigkeit, daß die diesfälligen Grundsätze festgestellt werden. Auch sind jetzt schon Motive genug zu dem vorliegenden Antrag vorhanden, denn es sind bisher bereits viele Gesetze ohne Genehmigung der Versammlung publizirt worden. Zu dem zweiten Theile des Antrages aber liegt eine dringende Veranlassung in den neuerlich erschienenen Frankfurter Gesetzen, namentlich in dem letzten derselben, welches bereits von der Regierung als bindend publizirt worden. Ob wir den Frankfurter Erlassen unsere Genehmigung zu ertheilen haben oder nicht, das hängt von der Competenz ab, welche wir der Frankfurter Versammlung zugesiehen, durch den Antrag soll kein Conflict mit dieser erhoben werden, obwohl es später zu einem solchen kommen könnte. Denken Sie sich zum Beispiel, daß die Frankfurter Versammlung zur Unterdrückung der Volksfreiheiten die Hand böte, daß sie Reichstruppen zu Hilfe gegen Wien sendete, dann wäre ein solcher Conflict vorhanden. (Bravo links, Zischen rechts.) Wir haben uns früher selbst dafür ausgesprochen, daß wir für den Krieg, die auswärtigen Angelegenheiten und die Handelsbeziehungen eine wirklich kräftige Centralgewalt wünschen, nicht aber können wir derselben eine obergerichtliche Gewalt zugesiehen. Die Frankfurter Versammlung war ein Produkt des Vorparlaments, der gezwungen anerkannten Revolution. Hätte unsere Regierung damals wirklich an die Spitze der Bewegung sich gestellt, dann hätte eine wahre Einheit Deutschlands bewirkt werden können, nicht aber so, wie es jetzt geschieht. Aus den Bestimmungen des Gesetzes vom 28. Juni kann eine solche obergerichtliche Gewalt auch nicht gefolgert werden. Das letzte von Frankfurt ausgegangene Gesetz erscheint zwar ganz unperfäglich, allein es hebt in einem Theile Deutschlands das freie Versammlungsrecht auf, es setzt eine bis auf 2 Jahre steigende Freiheitsstrafe auf öffentliche Beleidigungen von Abgeordneten der Frankfurter Versammlung, und zählt zu diesen Beleidigungen namentlich auch die durch die Presse verübten. Ich hoffe zwar, daß dieses Gesetz bei uns keine Anwendung finden wird, doch ist es nothwendig, einen festen Standpunkt zu gewinnen, um so mehr, als eine genauere Erwägung des Geistes jenes Gesetzes zeigt, daß dasselbe nur der Vorläufer anderer sein soll, und daß die erste Emeute benutzt werden wird, um mit Gesetzen gegen Rechte einzuschreiten, für die wir mit Blut, Leben und Worte einstehen, daß eine Wiederholung der Karlsbader Beschlüsse droht. Die Centralgewalt führt Krieg, aber Krieg mit dem Volke, ohne Rücksicht auf die Jahreszeit, auf die Kosten häuft sie Massen von Soldaten an, allenthalben giebt es Belagerungszustände. Alle diese Umstände machen meinen Antrag sehr dringlich und wichtig. (Bravo links, Zischen rechts.)

Fleischer spricht gegen, v. Berg für, Dunder gegen, Temme für die Dringlichkeit. Reichensperger erklärt den Antrag für die verwegenste Reaction, derselbe führe um ein Menschenalter zurück. Hätte ein Ministerium dergleichen beantragt, man hätte es mit Recht des Hochverraths gegen die deutsche Nation angeklagt. Bereits früher ist der Wunsch nach einem gemeinsamen deutschen Recht ausgesprochen worden, allein ein solches ist nicht möglich, wenn man vorher mit 38 Regierungen und Versammlungen sich einigen soll. So können nur mikroskopische Deutschländer, vielleicht ein Bedlam, vielleicht ein Babilonischer Thurm aufstehen. (Beifall rechts.) Soll ein großer Bau aufgeführt werden, so müssen vorher die Hindernisse beseitigt, so muß der Boden geebnet, der Platz gegen Eindringlinge eingeebnet werden, und daher schreibt

sch jener Unwille gegen die Frankfurter Beschlüsse. Wir geben keine Garantie, daß unsere Beschlüsse besser sein werden als jene, zumal wir nur secundäre Versammlung sind. Legen wir unser Schicksal vertrauensvoll in die Hände der Deutschen Versammlung. Vorwärts mit ganz Deutschland! (Bravo rechts, Zischen links.) — Der Schluß wird hierauf angenommen.

Waldeck als Antragsteller, spricht noch einmal und sagt schließlich, der Mord Lichnowsky's und v. Auerswald's habe, wie einst der Kogebues, Anlaß zur Bestrafung gegeben, nicht bloß des Mörders, sondern des ganzen Volkes. (Bravo links, Zischen rechts.)

Ueber die Dringlichkeitsfrage wird auf Antrag der Abg. Grebel, Guitienne und Feldhaus namentlich abgestimmt. Dabei wird die Dringlichkeit mit 174 gegen 173 Stimmen verworfen, 55 Abgeordnete fehlten.

Unter den mit Ja Stimmenden waren unter Andern: v. Brodowski, Gr. Cieszkowski, v. Lipiski, v. Lisiecki, v. Potrzhynicki, v. Radonski; — unter den mit Nein Stimmenden: Giesler, v. Rüpfel, v. Psuel, Schmidt (Czarnikau), Scholz (Mefersitz), Seger.

Man geht hierauf über zum Bericht der Commission zur Untersuchung der Zustände der Weber und Spinner über den Antrag des Abg. D'Esler, betreffend die Unterstützung der Weber und Spinner in der Grafschaft Ravensberg.

Berichterstatler Gellern verliest den Bericht. Die Commission beantragt danach: Eine hohe Nationalversammlung wolle beschließen, das Staatsministerium unter Ueberreichung der vorerwähnten Petitionen und der Petition des Abgeordneten des Kreises Wiedenbrück dringend zu ersuchen, unter Berücksichtigung der in den gedachten Petitionen enthaltenen Anträge und des betreffenden Antrags der Abgeordneten der Kreise Herford, Bielefeld, Halle, Minden und Lübbecke diejenigen Geldmittel zu überweisen, welche erforderlich sind, um den ärmern Spinnern und Webern der Kreise Herford, Bielefeld, Halle, Minden, Lübbecke und Wiedenbrück lohnende, ihre Subsistenz sichernde Arbeit zu verschaffen.

Berichterstatler Gellern: Dieser Industriezweig habe am meisten gelitten. Die Bevölkerung der genannten Kreise schwache im Elend gleich den schlesischen Webern. Der Commissions-Antrag sei anzunehmen. — Milde: Ich wünsche die direkte Abhülfe der Staatskasse nur bei außerordentlichen Unglücksfällen, sonst erwarte ich vielmehr Abhülfe von der Hebung des Associationsgeistes, wie ich auch hier zum Commissions-Antrage das Amendement gestellt habe, die gewerbliche Abhülfe jener Kreise, namentlich durch Unterstützung des Associationsgeistes nach Kräften zu fördern.

v. Cieszkowski empfiehlt das Milde'sche Amendement. Die sociale Frage sei wichtiger als alle politischen. Nach mehreren Bemerkungen zur Fragestellung wird zuerst der Commissionsantrag, dann das Milde'sche Amendement als Zusatz zu demselben zur Abstimmung gebracht. Beide werden einstimmig angenommen, so daß die zu bewilligenden Geldmittel zugleich angewendet werden sollen, Arbeit zu schaffen und den Associationsgeist zu fördern.

Man geht nun über zur Berathung von §. 1. No. 9. des Gesetzes über unentgeltliche Aufhebung verschiedener Lasten und Abgaben. Dieselbe lautet: „die unter den Benennungen Schutgeld, Schutzzins, Jurisdiktionszins, Mustertiergelder oder unter andern Benennungen vorkommenden Beiträge der Angeseffenen zu den Lasten der Polizeiverwaltung und Gerichtsbarkeit; ist jedoch die eine oder die andre dieser Abgaben bei der ersten Verleihung eines vorher nicht mit häuerlichen Werthen besetzt gewesen Grundstücks ausdrücklich als Grundabgabe oder Gegenleistung für die Verleihung übernommen, oder vertritt sie die Stelle der Grundsteuer, so bleibt die unentgeltliche Aufhebung, ausgeschlossen.“ Außer mehreren Amendements, welche wieder einzelne Benennungen in No. 9. unerwähnt gebliebener Abgaben hinzufügen, ist von dem Abgeordneten Thümmel folgende Aenderung des ersten Passus vorgeschlagen: die unter verschiedenen Benennungen vorkommenden Beiträge der Angeseffenen zu den Lasten der Polizeiverwaltung und Gerichtsbarkeit. Der Antragsteller erklärt sich für Weglassung aller einzelnen, beispielsweise aufgezählten Fälle in dieser und allen folgenden Nummern. Nur so komme man über die unabsehbar answühlende Fluth von Amendements hinüber, denn jeder Abgeordnete wolle zur größtmöglichen Sicherheit alle Abgaben namentlich aufgeführt sehen, von denen jene Committenten irgendwo noch heimge sucht würden. Es entstehe so ein Namensverzeichnis, welches kein Mensch überblicken könne, und welches doch zuletzt noch keineswegs vollständig sein werde. So werde das Exemplificiren nur gefährlich und es würden über etwa vergessene Abgaben um so mehr Prozesse entstehen. Das Gesetz werde übrigens so weitläufig, ungenießbar und unpraktisch werden, wenn man diesem Zuge der Amendements nachgebe, daß die Versammlung dadurch nur ihre Unfähigkeit zur Gesetzgebung erweisen werde. Kühnemann spricht gegen das Amendement Thümmel's, Moriz, Ulrich und Pilet erklären sich mit Thümmel gegen alles Detail. Hierauf wird No. 9. in der Fassung des Abg. Thümmel angenommen, wodurch die übrigen Amendements beseitigt sind. Schluß der Sitzung 2½ Uhr. Nächste Sitzung morgen früh 9 Uhr.

Druck u. Verlag von W. Decker & Comp. Verantwortl. Redacteur: E. Hensel.

Statt jeder besondern Meldung.

Als Verlobte empfehlen sich:

Dorchen Kantrowicz,
Moriz Bergas.

Posen und Grätz im Oktober 1848.

Aufgebot.

Auf dem im Samterschen Kreise, des Großherzogthums Posen belegenen adeligen Rittergute Dobrowo, steht Rubr. III. No. 2. eine Protestation für die Erben der Catharina v. Dobrowo, geb. v. Kolarzowska, wegen einer am 31. Dezember 1796 angemeldeten, vom Guts eigenthümer nicht anerkannten Real-Forderung von 1100 Thlr. oder 6600 Gulden poln. nebst Zinsen ad alterum tantum ex decreto vom 30. Oktober 1800 einzutragen. Die gegenwärtigen Eigenthümer des Gutes, die Erben der Angela v. Kwilecka, behaupten die Tilgung dieser Post und haben deren Aufgebot Behufs der Löschung beantragt. Es werden daher alle diejenigen, welche als Eigenthümer, Erben, Cessionarien, Pfandinhaber, oder aus einem andern Rechtsgrunde Ansprüche an die bezeichnete Post zu haben vermeinen, aufgefordert, solche spätestens in dem auf den

14ten Januar 1849 Vormittags um 10 Uhr

vor dem Oberlandes-Gerichts-Referendarius Rappold in unserm Instruktionszimmer anzumelden, widrigenfalls sie mit denselben werden präkludirt werden.

Posen, am 4. August 1848.

Königl. Oberlandes-Gericht; Abtheilung für die Prozeß-Sachen.

Aufruf.

Im Hypothekenebuche des im Schildberger Kreise des Großherzogthums Posen belegenen adeligen Gutes Trzeznica steht Rubr. III. Nr. 35 ein unverzinsliches Kapital von 3900 Rthlr. mit dem Vorbehalte, daß die Baronin Wilhelmine von Knobelsdorf das Recht hat, damit ihre Forderungen zu compensiren, für den Franz v. Psarski auf Grund rechtskräftiger Entscheidung ex decreto vom 27. Juli 1831 eingetragen. Franz v. Psarski ist rechtskräftig verurtheilt, diese Post zur Löschung zu bringen. Das über dieselbe am 30. August 1831 ausgefertigte Hypotheken-Dokument ist indeß verloren gegangen und es haben deshalb die Erben der Wilhelmine v. Knobelsdorf als Eigenthümer von Trzeznica das Aufgebot desselben beantragt. Zu diesem Zwecke werden alle diejenigen, welche an die bezeichnete Post und das darüber ausgefertigte Instrument als Eigenthümer, Erben, Cessionarien,

Pfandinhaber, oder aus einem andern Rechtsgrunde Ansprüche zu haben vermeinen, aufgefordert, dieselben spätestens in dem am 3. Januar 1849 Vormittags um 10 Uhr vor dem Oberlandes-Gerichts-Referendarius Rappold in unserm Instruktionszimmer anzumelden, widrigenfalls sie mit denselben präkludirt werden sollen und die Löschung der Hypotheken-Post veranlaßt werden wird.

Posen, den 27. Juli 1848.

Königl. Oberlandes-Gericht;
Abtheilung für die Prozeß-Sachen.

Ueber den Nachlaß des zu Posen am 25. Juli 1847 verstorbenen Felix von Brzezanski ist heute der erbachtliche Liquidationsprozeß eröffnet worden. Der Termin zur Anmeldung aller Ansprüche steht am 10ten Januar 1849 Vormittags um 10 Uhr

vor dem Herrn Oberlandesgerichts-Assessor Berndt im Parteinzimmer des hiesigen Gerichts an. Wer sich in diesem Termine nicht meldet, wird aller seiner etwaigen Vorrechte verlustig erklärt, und mit seinen Forderungen nur an dasjenige, was nach Befriedigung der sich meldenden Gläubiger von der Masse noch übrig bleiben sollte, verwiesen werden. Der Faktor Hirsch Brummer wird hierzu öffentlich vorgeladen.

Posen, den 3. August 1848.

Königl. Preuß. Land- und Stadtgericht.
Erste Abtheilung.

Diesjenige General- und Special-Vollmacht, welche ich meinem Vater Justin v. Zaborowski vor dem Notar Deschner zu Reinerz am 30ten Juli 1847 erteilt habe, habe ich zurückgenommen, weshalb weitere Verhandlungen auf Grund dieser Vollmacht nicht stattfinden dürfen.

Johann v. Zaborowski,

Rittergutsbesitzer auf Kłowiec (Kreis Schrimm.)

Sollte einer der Herren Kommerzienräthe des Preussischen Staats oder gar der Provinz Posen, geneigt seyn mich wieder fiskalisch zu denunciren, so diene denselben zur Nachricht: daß obgleich ich Handwerker, welcher Stand von jedem vernünftig denkenden Manne nur für ehrenhaft gehalten wird, auch Besitzer einer Schreibmaterialien-, Galanterie- und Spielwaaren-Handlung bin,

in der ich besonders mein wohl assortirtes Lager von Post-, Kanzlei- und Konzeptpapieren, mit Ausnahme werthvoll beschriebener, empfehle. Ludwig Johann Meyer,

Neustraße neben der Griechischen Kirche.

Versammlung des Vereins für König und Vaterland Sonnabend den 28ten Oktober Nachmittags 6 Uhr im Odeum.

Tagesordnung: 1) Feststellung der Statuten; 2) Besprechung über den Beschluß der Nat.-Versammlung, betr. die Verhältnisse der Provinz Posen; 3) über die Ausführung des Bürgerwehr-Gesetzes in hiesiger Provinz.

Marin. Sardellenheringe

empfang und offerirt zu billigen Preisen

die Heringshandlung von

Benjamin Scherk,

Jesuitenstraße No. 2.

Berliner Börse.

Den 25. October 1848.	Zinsf.	Brief.	Geld.
Staats-Schuldscheine	3½	74½	73½
Seehandlungs-Prämien-Scheine	—	—	92½
Kur- u. Neumärkische Schuldversch.	3½	—	—
Berliner Stadt-Obligationen	3½	—	—
Westpreussische Pfandbriefe	3½	81½	81
Grosch. Posener	4	95½	94½
Ostpreussische	3½	77½	77½
Pommersche	3½	—	86½
Kur- u. Neumärk.	3½	90	89½
Schlesische	3½	89½	88½
v. Staat garant. L. B.	3½	—	—
Preuss. Bank-Antheil-Scheine	—	86½	85½
Friedrichsd'or	—	13½	13½
Andere Goldmünzen à 5 Rthlr.	—	13	12½
Disconto	—	3½	4½

Eisenbahn-Actien,

voll eingezahlte:

Berlin-Anhalter A. B.	4	84	—
" Prioritäts-	4	84	—
Berlin-Hamburger	4	63	—
" Prioritäts-	4½	89	—
Berlin-Potsdam-Magdeb.	4	53½	53
" Prior. A. B.	4	—	77½
Berlin-Stettiner	5	87	—
Cöln-Mindener	4	87	86½
" Prioritäts-	3½	—	74
Magdeburg-Halberstädter	4½	—	88½
Niederschles.-Märkische	4	—	102½
" Prioritäts-	3½	—	68
"	4	—	82
"	5	—	93½
"	5	—	88½
Ober-Schlesische Litt. A.	3½	—	89½
" B.	3½	—	—
Rheinische	—	—	—
" Stamm-Prioritäts-	4	67½	—
" Prioritäts-	4	—	—
" v. Staat garantirt	3½	—	—
Thüringer	4½	—	51
Stargard-Posener	4	—	66½

(Mit zwei Beilagen.)

Inland.

* Posen, den 26. Oktober. Wir lesen so eben an den Straßen-Ecken folgenden Protest:

Der Beschluß der Berliner National-Versammlung vom 23. d. Monats droht den heiligsten Rechten der Posener Deutschen Bevölkerung die größte Gefahr. — Indem wir an der unerschütterlichen Ueberzeugung festhalten, daß die durch Beschluß der Frankfurter National-Versammlung vom 27. Juli c. gesetzte Einverleibung des Deutschen Theils der Provinz durch keine Festsetzung irgend eines andern gesetzgebenden Körpers beschränkt oder aufgehoben werden kann, legt das unterzeichnete Comité gegen jenen Beschluß der Berliner National-Versammlung hiermit aufs Feierlichste Verwahrung ein. — Behufs weiterer Besprechung über die nothwendigen Schritte fordern wir unsere Deutschen Mitbürger zum Besuch für die heute Nachmittag 3 Uhr anberaumte Volks-Versammlung hiermit auf.

Posen, den 26. Oktober 1848.

Das Deutsche Central-Comité.

(Folgen die Unterschriften).

* Posen, den 26. Oktober. In einer sehr zahlreich besuchten Volksversammlung wurde einstimmig beschlossen, gegen den am 23. d. M. von der Nationalversammlung in Berlin gefassten Beschluß in Betreff der Posener Angelegenheit Protest einzulegen. Wir werden den Wortlaut desselben in einer unserer nächsten Nummern mittheilen. *)

* Krososchin, den 22. Okt. Heute Abend hat eine Anzahl Polnischer Knechte und Tagelöhner in einem hiesigen Wirthshause mit den hier in Garnison befindlichen Soldaten vom 6. Infanterie-Regiment Streit angefangen, in Folge dessen ein Soldat getödtet und sieben Soldaten verwundet worden sind. Ueber die Veranlassung zu diesem Unternehmen wird hoffentlich die eingeleitete Untersuchung klares Licht verbreiten, und enthalte ich mich um so mehr der Mittheilung der deshalb hier umgehenden Gerüchte, als unter den gegenwärtigen Verhältnissen nur zu leicht Vorwürfe erhoben werden, die sich nachher als völlig unbegründet darstellen.

Berlin, den 24. Okt. (Schles. Z.) Ueber das Benehmen der hochansehnlichen oder hohen Versammlung während der heutigen Sitzung, in verschiedenen Momenten, möchten wir den Schleier der Scham hüllen. Wiederholen sich solche Szenen, wie die hohe Nationalversammlung sie in ihren beiden letzten Sitzungen aufgeführt hat, so sehen wir nicht ab, wie die Existenz derselben, um von ihrer Würde zu schweigen, dabei noch länger gefördert werden soll.

Breslau, den 24. Okt. Die friedliche Lösung der schwebenden Fragen scheint trotz der im Namen des Deutschen Reichsverwesers von der Reichscommission erlassenen Proclamation völlig gescheitert zu sein, seit das Manifest des Kaisers vom 16. Okt. in Wien bekannt geworden und die Deputation des Gemeinderaths an den Kaiser zurückgekehrt ist, ohne vom Kaiser empfangen worden zu sein. Fürst Windischgrätz hat nunmehr über das Schicksal Oesterreichs zu entscheiden. Von ihm soll den Wienern das Ultimatum gestellt werden sein, bis zum 24. Oktober Nachm. 2 Uhr die Waffen niederzulegen, widrigenfalls er sodann mit dem Angriff beginnen werde. Die Ungarische Armee, an deren Vorrücken von Vielen sehr gezwifelt wird, soll sich Wien bereits bedeutend genähert haben. Das Attentat auf den Kaiser befragt sich nicht.

Mannheim, den 22. Oktober. Gestern und heute marschirten von hier und der Umgegend sämtliche Preussische Truppen ins Hessen-Darmstädtische, um dort einstweilen feste Cantonnements zu beziehen; wie man mit Sicherheit vernimmt, geschieht solches wegen des rebellischen Geistes jener Gegend. Zwar sagt man hier allgemein, die Preussische Regierung wolle sich lossagen von der Central-Gewalt, da man in der Rede des Königs allerlei dahin zielende Anspielungen finden wollte; doch ist daran weiter nichts, sondern die Regierung von Hessen-Darmstadt hat die Preußen in ihr Gebiet requirirt. Statt der Preußen erhielten wir gestern ein Bataillon Frankfurter Infanterie, und heute wird Hessische Artillerie hier einrücken.

Karlsruhe, den 20. Okt. Der Kölnischen Ztg. wird geschrieben: Ich halte es für meine Pflicht, in einem Preussischen Blatte die Versicherung niederzulegen, daß die Preussischen Truppen, welche gegenwärtig in unserem Großherzogthume liegen, an Mannszucht ihres Gleichen suchen, und im besten Einvernehmen mit den Bürgern stehen. Aus allen Orten des Ober- und Unterlandes gehen hierüber gleichlautende Berichte ein. Wenn man das Vorurtheil kannte, welches früher gegen alles, was Preussisch hieß, in Baden vorhanden war, so hatten die Truppen wahrlich keine geringe Aufgabe, um in solcher kurzen Zeit die Achtung des Badischen Volkes zu gewinnen. Nicht selten hört man darum jetzt auch in den untersten Schichten sich über die Möglichkeit aussprechen, daß Preußen an die Spitze Deutschlands gestellt werden müsse; eine Aeußerung, die noch vor Monaten mit einer berben Tracht Prügel beantwortet worden wäre. Ueberhaupt ist jetzt ein solcher Umschwung in der öffentlichen Meinung eingetreten, daß es den Anarchisten außerordentlich schwer fällt, ihre Wählerreien mit Erfolg fortzusetzen.

Karlsruhe, den 21. Okt. Struve und Blind sind aus den Gefängnissen in Bruchsal wieder nach den Kasematten von Rastatt gebracht worden. Struve wurde durch 60 Mann Preuß. Truppen escortirt. In Bruchsal sollen die Truppen vermindert werden. Wahrscheinlich wird der Prozeß binnen Kurzem beginnen.

Wien. — Um die Gemüther zu beruhigen und der Stadt möglichst ihre gewöhnliche Physiognomie zu geben, hat der Minister Kraus Herrn Holbein aufgefordert, in den beiden Hoftheatern, die seit dem 6ten, so wie alle übrigen Theater geschlossen sind, spielen zu lassen; Herr Holbein aber wies nach, daß der allergrößte Theil des Personals Reißaus genommen hat und nicht die allerkleinste Piere besetzt werden könnte.

*) Ein längerer Artikel über die Posener Angelegenheit konnte wegen unvorhergesehener Hindernisse heute nicht mehr eingerückt werden, wir geben ihn morgen.

Die Red.

— Die Stadt Wien braucht zu ihrer wöchentlichen Consumtion 1800 Ochsen; diese pflegen gewöhnlich Montag einzutreffen. Diesmal wird jedoch erst Dienstag der Transport ankommen und zwar bloß 820 Stück. Es waren ihrer 1020; die Ungarn behielten jedoch 200 Stück für sich zurück und ließen die übrigen erst dann weiter transportiren, als sie sich überzeugten, daß sie wirklich nach Wien bestimmt waren. Die ausfallende Zahl wird glücklicherweise durch die geringere Zahl der Bevölkerung (man schätzt die Zahl der Abgereisten auf 100,000 Menschen) contrebaleancirt.

— Aus unserem benachbarten Baden geht dem Const. Bl. f. Böhmen folgende Schilderung der Kroatischen Armee zu: „Der Banus Jellachich mit seiner Armee ist hier; wir sind mitten in einem Lager, und haben durch eigene Anschauung die gefürchteten Serezaner mit ihren rothen Mänteln, die sie wie die Griechen umgeschlungen tragen, mit ihren kurzen Stuken mit Feuerschloßern, den Handscharen und den Pistolen im Gürtel. Denken Sie sich auf den breiten Schultern dieser stämmigen Leute einen Kopf mit sonnverbranntem, beinahe braunem Gesicht, kurz geschornem Haar, struppigem Bart, und diesen Kopf mit einer schwarzrothen nach rückwärts gebogenen Mütze bedeckt, und Sie werden so wie ich begreifen, daß der Eindruck eines Lagers dieser Armee Manchem ein schauerlicher ist; neben diesen führt Jellachich Grenzhusaren, die mehr den gewöhnlichen Husaren ähnlich sehen, nur daß sie blaue, roth eingefasste Schabracken haben, und eine Masse Grenzer-Infanterie, die in der That einem Landsturm nicht unähnlich sieht. Sie haben alle kurze weiße, grobkuchene, weite Röcke, wie sie die Slowaken tragen, runde breitkrämpige Hüte von Filz, Ungarische Hosen und Stiefletten, sind mit Gewehren bewaffnet, das Bajonet an der Seite, Säbel sah ich nur bei Wenigen. Im Ganzen sollen 20,000 bis 28,000 Mann bei Jellachich hier sein, wie die Grenzer, mit denen ich sprach, sagten.“

Wien, den 21. Oktober. Die Barrikaden, welche bisher die Passage in der Stadt hemmten, werden rasch abgetragen. Möchte man nie mehr zu solchen die Zuflucht nehmen müssen und sich überhaupt recht bald eines geregelter, ungehörten Verkehrs erfreuen. Es bedarf nur eines Blickes in die verödeten Straßen und Kaufläden, um zu sehen, wie arg derselbe mitgenommen ist und wie sehr alle Schichten der Bevölkerung darunter leiden müssen.

— Die Posten kommen fortwährend sehr unregelmäßig und verspätet an. Jene aus dem Norden fehlen uns schon seit drei Tagen. Die Französischen und Englischen, so wie die Ungarischen Zeitungen sind heute wieder ausgeblieben.

Pesth, den 17. Okt. Nicht mehr mit Jellachich und den serbischen Insurgenten, nein, mit der k. k. österreichischen Armee, die von West, Ost und Nord in Ungarn einbricht, haben wir zu kämpfen, und sollten wir auch diese besiegen, so steht uns erst der Hauptkampf mit den Russen bevor. General Simonich ist mit drei Bataillonen von Galizien aus in das saroser Comitath eingebrochen. Der Landesvertheidigungsausschuß hat auf den Kopf dieses „Räubers“ 100 Fl., auf den Kopf jedes Soldaten 20 Fl. als Preis gesetzt und den Landsturm gegen die Eindringlinge aufgeboten; wir müßten aber alle Reichthümer der Erde und eine dreifach so große Bevölkerung haben, um diese Maßregel gegen alle unsere Feinde durchzuführen. Denn der Einfall Simonich's ist keine vereinzelte That, sie steht in Beziehung zu dem Marsche des Generals Buchner aus Siebenbürgen, der bereits die Festungen Karlsstadt und Marosvasarhely mit polnischen Regimentern besetzt, und zu der drohenden Stellung der deutschen Armee in Mähren. Von allen Seiten sollen wir eingeschlossen und so erdrückt werden. Machen wir uns auf einen Vernichtungskampf bereit, der Ungarns Ströme mit Blut färben, Ungarns Boden mit Leichen düngen wird. Ungarn geht zu Grunde, dies fühlen wir Alle in düsterer Ahnung, aber Oesterreich wird mit fallen, denn die Zerfetzung der Nationalitäten in Ungarn ist nur das Vorpiel der allgemeinen Zerfetzung im Gesamtstaate. Unsere Leitha-Armee wird zurückgezogen, angeblich um die Winterquartiere zu beziehen, eigentlich aber, um den nahen Einbruch österreichischer Truppen auf ungarischem Boden abzuwehren. — Flüchtlinge aus der Moldau bringen uns die sichere Nachricht, daß die Russen sich zum Einmarsch in die ungarischen Länder rüsten, um im Vereine mit dem Fürsten Windisch-Grätz die ungarische und weiter die europäische Freiheit zu zertrümmern.

Ausland.

Frankreich.

Paris, den 20. Oktober. In der gestrigen Sitzung der National-Versammlung wurde die Berathung des Verfassungs-Entwurfes fortgesetzt. Hr. Odilon Barrot erstattete Bericht über mehrere an die Commission verwiesene Amendements zu Art. 74., welche sich auf Organisation der Departements, Bezirke und Gemeinden beziehen. Ein Amendement des Hrn. Luncan veranlaßte längere Erörterungen, wurde jedoch zuletzt verworfen und der Art. 74. nach Beseitigung einiger weiteren Amendements angenommen. — Der Justizminister legte hierauf einen Decret-Entwurf für die gerichtliche Verfolgung der durch die Presse begangenen Verbrechen und Vergehen vor, indem er die Versammlung ersucht, die Dringlichkeit auszusprechen und die Ueberweisung des Entwurfs an das Gesetzgebungs-Comité zu verordnen. (Mehrere Stimmen: An die Bureaux!) Die Dringlichkeit wurde ausgesprochen und die Verweisung an die Bureaux verfügt. — Hr. Flocon fragte die Regierung, ob die Gewalt sich, in Folge der Aufhebung des Belagerungszustandes, auf einfache Repressions-Maßregeln beschränken, oder noch weitere Maßregeln, worauf der „Moniteur“ hindeute, ergreifen werde. So kündigte ein Artikel im „Moniteur“ die Vorlegung eines Entwurfs an, nach welchem die Juni-Verurtheilten bloß nach Algerien transportirt werden sollten, wozu, wie es in diesem heißt, das neue Ministerium seine Zustimmung ertheilt habe. — Der Kriegsminister bemerkte, es sei nicht Brauch, die Versammlung im Voraus von Entwürfen zu unterhalten, welche die Regierung ihren Berathungen zu unterstellen beabsichtige. Er sei übrigens bereit, Hrn. Flocon morgen zu antworten. (Mehrere Stimmen: „In acht Tagen! Nach der Verfassung!“)

Dr. Lagrange hat die Versammlung, den Tag festzustellen, an welchem er einen schon länger von ihm bezüglich der Transportation der Juni-Verurtheilten eingereichten Vorschlag entwickeln könne. Nachdem die Versammlung den nächsten Montag dazu anberaumt hatte, wurde die Sitzung aufgehoben.

Niederlande.

Haag, den 22. Okt. In Limburg beschwert man sich über die gegenwärtigen Verhältnisse. Die Centralgewalt hat das Land für Deutsch erklärt, und kann ihrer Erklärung keinen Nachdruck geben, während Holland Veranlassung nimmt, das Land jetzt um so mehr zu unterdrücken.

Italien.

Turin, den 13. Oktober. Gestern morgen verbreitete sich hier das Gerücht einer neuen Revolution in Wien, in Folge deren der Kaiser und seine Familie wieder auf flüchtigem Fuße seien. Auch Briefe von Mailand wurden vorgelesen, denen gemäß die Ungarn der dortigen Garnison ihren Landsleuten in der Heimath zu Hülfe ziehen wollen, während sie mit den Croaten in Mailand bereits in blutige Händel gerathen seien. Gegen Mittag ließ die Opinione eine außerordentliche Beilage vertheilen mit näheren Nachrichten über die Wiener und Mailänder Vorfälle. Dieß alles regte die Bevölkerung Turins sehr auf, auch fand gegen Abend eine kleine Demonstration auf der Piazza Madama statt. Mehrere Hunderte schrien: „Guerra! Guerra!“ und durchzogen dann den Platz und die Straße Po, als sie ein plötzlicher Regen zerstreute. Die große Masse der Spaziergänger würdigte den Zug kaum eines Blickes. Die nächste Veranlassung war eine rein zufällige. Ein Lombardischer Offizier und ein Piemontesischer General traten aus dem Schloß, und näherten sich in lebhaftem Gespräch dem Hofgitter. Ehe sie sich hier trennten, sagte letzterer: „Es soll und muß geschehen; verlassen Sie sich darauf.“ Die Nachstehenden brachten diese Worte gleich in Zusammenhang mit der vorherrschenden Idee, klatschten Beifall, das Volk lief zusammen, man erzählte sich, der Minister habe den Krieg versprochen, und fühlte sich zu einer Demonstration berufen. In dem Genuesschen Regiment Savona herrscht ein bedenklicher Geist. Viele wollen in ihre Heimath zurück, rothen sich häufig zusammen, lärmten und zeigen sich widerspänstig. Die Truppenmärsche nach der östlichen Grenze dauern fort; das hier garnisonirende Cavallerieregiment wird dieser Tage abreiten. Die Piemontesische Armee beträgt jetzt an 160,000 Mann, vollständig ausgerüstet, darunter ungefähr 22,000 Savoyarden. Letztere bilden die Brigade Savoia, nun von 15,000 Mann, einen Theil der Garde und den größeren Theil der Cavalleria Savoia und sämtlicher Artillerie. In obigen 160,000 Mann ist die Division der Lombarden, in Piemontesischem Dienste, nicht mitbegriffen. (A. 3.)

Zwischen Messina und der Küste von Kalabrien ist der Handel wieder in voller Thätigkeit. In Palermo hingegen herrscht, nach dem Tempo vom 2. d. M., noch immer Elend und Sareden. Mehrere tausend Bergbewohner haben sich dahin begeben und terrorisiren die Einwohner.

In Livorno zog der neue Gouverneur Montanelli am Nachmittag des 7. unter dem lautesten Jubel des Volkes ein. Die Stadt war festlich geschmückt. Eine bereits am 8. Sept. 1847 ihm und Guerazzi zu Ehren gefeigte Inschrift wird nun auf Marmor übertragen. — In Genua hat die republikanische Gährung noch nicht nachgelassen.

Die hiesigen Blätter fordern dringend auf, unverzüglich die Waffen zu ergreifen und nach der Grenze zu eilen, um, wie sich die Konkordia ausdrückt, „für eine neue lombardische Vesper das Signal zu geben.“ Die seien die Zeiten günstiger gewesen, da, dies wird als Hauptgrund angeführt, in Deutschland und besonders in Oesterreich, eine allgemeine Verwirrung herrsche.

[Für den hier folgenden Theil ist die Redaction nicht verantwortlich.]

Die deutsche Posener Zeitung No. 149. enthält einen Aufsatz: „Widerlegung der Beschuldigungen des Preussischen Militärs durch den Oberst von Niegolewski in der Beilage zu No. 140. der kölnischen Zeitung im Auftrage des General-Commandos v. Voigts-Rheß, Major im Generalstabe.“ Verhindert es früher zu thun, finde ich mich veranlaßt, insoweit dessen Inhalt meine Person betrifft, selben zu berichtigen.

Zum 25. April c. in Neustadt b. P. hatte ich die Schulzen und Schullehrer, die zur Leitung der Urwahlen zu Wahl-Commissarien ernannt worden, berufen, um die Commissoria ihnen auszuhandeln und noch fehlende Wahl-Commissarien zu ermitteln. Der Oberst v. Niegolewski, zu Folge Ministerial-Rescripts in der Eigenschaft als Kreis-Deputirter und C. v. Szczaniecki zum Wahl-Commissarius ernannt, zur Empfangnahme des Commissoriums eingeladen, wohnten der Versammlung bei. Ich schickte dies voraus, um der Meinung zu begegnen, als hätten der Versammlung außer den Schullehrern und Schulzen noch andere Bauern und Hausländer beigezogen oder es sollte eine Deputirtenwahl geleitet werden, wie man es nach jener obigen „Widerlegung“ wissen will, worin es heißt: „Es wurde sogleich nach Publikation des fraglichen Artikels eine strenge gerichtliche Untersuchung über den Thatbestand der Sache eingeleitet, das Ergebnis wird in Nachstehendem mitgetheilt.“ Nach sorgfältiger Prüfung und Vergleichung aller Dokumente ergiebt sich die Begebenheit wie folgt:

Nun folgen die Behauptungen, welche mich betreffen: „der Landrath stand schon lange im Verdacht, die Insurrection gegen seine Amtspflicht zu begünstigen. Sein Sohn war bei den polnischen Männen eingetreten und von dem deutschen Vater, dem Königl. Beamten mit Pferd und Waffen ausgerüstet worden, auch sein Schwiegersohn diente bei den Insurgenten.“ Der Landrath Szubert befindet sich übrigens nicht mehr auf seinem Posten, da er einer Untersuchung durch sein Abschiedsgesuch aus dem Wege ging. Der Landrath

Szubert, welcher durch seine den Truppen feindliche Gesinnung in der Gegend bekannt ist.“

Diese Behauptungen stehen mit dem gedachten kölnischen Zeitungs-Artikel in keinem Zusammenhange, sind am 25. April in Neustadt nicht zur Sprache gebracht worden, konnten daher nicht Gegenstand der gerichtlichen Untersuchung und sorgfältigen Prüfung der angeblichen Dokumente gewesen sein und man begreift nicht, warum sie Gegenstand jener „Widerlegung“ geworden sind. Sie enthalten ungerechte Vorwürfe, denn daß mein Sohn bei den polnischen Männen eingetreten, kann mir nicht zur Last gelegt werden, daß ich ihn mit Pferd und Waffen ausgerüstet, ist unrichtig; ebenso daß mein Schwiegersohn bei den Insurgenten gedient, da ich keinen Schwiegersohn habe. Daß ich der Untersuchung durch ein Abschiedsgesuch entgangen wäre, ist unwahr; ich habe den Abschied nicht nachgesucht, bin nicht verabschiedet, dagegen habe ich, veranlaßt durch die mir in der „Widerlegung“ gemachten Vorwürfe, die mir die vorgesetzte Behörde nicht machen kann, auf Untersuchung derselben angetragen, die aber bis jetzt nicht veranlaßt worden ist. Der Vorwurf feindlicher Gesinnung gegen die königlichen Truppen bleibt leere Behauptung, so lange keine Handlungen angeführt und bewiesen werden können, woraus auf dieselbe geschlossen werden kann. Feindliche Gesinnung des Militärs gegen mich wird Nachstehendes außer Zweifel setzen.

Eine der ersten Thaten der Abtheilung, die am 4. Mai c. in Buk einrückte, war, daß man den mich vertretenden Regierungs-Assessor v. Saher, da man ihn für mich hielt, hat erschießen wollen und der dem Tode nur entging, daß er sich augenblicklich legitimirte, er sei nicht der Gemeinte. Hierauf griff man mich in meinem Wohnhause an, beschloß dasselbe, Kugeln durchbohrten die Thüren der Zimmer, Thüren und Fenster wurden mit Kolben zerschmettert, man drang in die Zimmer und fand nur Mütter und Kinder, die aus der Stadt geflohen bei mir Schutz suchten, mein Gefinde wurde in den Ställen theils niedergeschossen, theils nach Posen geschleppt, wo es kahlgeschoren ward. Mein Haus und Hof wurde binnen vier Wochen fünfmal mit 30—50 Soldaten besetzt und durchsucht ohne begründete Veranlassung, ohne daß man bei diesen Durchsuchungen auf etwas Verdächtiges getroffen wäre.

Den Neustädter Vorgang betreffend, so wurde in der Versammlung allerdings die Zuziehung eines deutschen Kreisdeputirten verlangt. Dieses Ansuchen mußte entschieden zurückgewiesen werden, weil es im Buker Kreise keinen deutschen Kreisdeputirten giebt. Inzwischen drangen Soldaten und Juden in die Amtsstube, man griff den Oberst v. Niegolewski an, schrie: „heraus mit dem Rebellen.“ Er wandte sich an einen Soldaten um Schutz, demnachst an mich, da ersterer sich seiner nicht annahm. Als wir beide uns in das Nebenzimmer zurückzogen und hierauf durch das Gedränge die Treppe hinunter auf die Straße gingen, wurde dem Oberst v. N. eine starke Kopfwunde beigebracht.

Die Angabe in der „Widerlegung“ — „der Landrath forderte bei dem steigenden Tumult einen anwesenden Unteroffizier zum Einschreiten auf“ — ist unwahr, da ich mit einem Unteroffizier und überhaupt mit den anwesenden Soldaten kein Wort gewechselt habe. Nach dieser „Widerlegung“ äußerte der Unteroffizier, daß, ihm das Begehren der Leute (nämlich die Zuziehung eines deutschen Kreisdeputirten) gerecht erscheine.“ Hieraus ergiebt sich, daß dieser Unteroffizier sich bei dem Tumult betheiligte hat.

Die Behauptungen: „als die drei Herren aus der Thür geworfen wurden.“ während die Bauern mit Stöcken und Fäusten sie derb durchprügelten.“ Alle drei sagten aus: daß sie von den Schulzen und Hausländern ihre Hiebe erhalten hätten.“ — sind insofern sie sich auf mich beziehen, unwahr und ich erkläre sie, da ich von Niemandem mißhandelt wurde, für schamlose Lügen.

Es heißt endlich in der „Widerlegung“: „Es muß bemerkt werden, daß der Landrath c. dem Oberst-Lieutenant v. Schlichting durchaus keine Mittheilung von der bevorstehenden Versammlung gemacht hatte.“ Es hätte sonst durch Anwendung militärischer Sicherheitsmaßregeln c. dem Unfuge vorgebeugt werden können.“ Eine Mittheilung dem D. L. v. S. zu machen, hielt ich für durchaus unnöthig, weil ich nur Beamte, nicht Mörder um mich versammelt habe und weil man das Militär nach Neustadt entsendet hat, um auf Ruhe und Ordnung zu halten und die Behörden zu schützen. Hat der Distrikts-Commissarius und Bürgermeister Köhler, der von mir beauftragt war, die Lehrer und Schulzen zusammenzuberaufen, ausgesagt: — „daß die Herren es nur dem Schutz und den Bemühungen des Militärs zu danken haben, wenn sie mit dem Leben davon kamen.“ — so muß er gewußt haben, daß die Leute nach dem Leben der in der „Widerlegung“ genannten Herren trachteten. Ihm lag daher ob, davon Mittheilung zu machen, was leider nicht geschehen ist.

Großdorf bei Buk, den 10. Oktober 1848.

Szubert, der Landrath.

Cholera.

Posen, den 26. Oktober. Von gestern bis heute sind als an der Cholera erkrankt angemeldet 22 Personen, gestorben 6.

Marktbericht. Berlin, den 25. Oktober.

Am heutigen Markt waren die Preise wie folgt: Weizen nach Qualität 58—62 Rthlr.; Roggen loco 28—30 Rthlr., 82 pfd. p. Dkt. 28 Rthlr. G.; Dkt./Novbr., Nov./Decbr. 28 Rthlr., p. Frühjahr 31 Rthlr. bez.; Gerst., große loco 25—26 Rthlr., kleine 24—25 Rthlr.; Hafer loco nach Qual. 17—18 Rthlr., pr. Frühjahr 48 pfd. 18 à 17½ Rthlr., p. Herbst 17 à 16½ Rthlr. Erbsen, Kochwaare 36—40 Rthlr., Futterwaare 34—36 Rthlr.; Rübol loco 11½ à 11¾ Rthlr., p. diesen Monat do., p. Oktob./Novbr. 11¾ à 11¾ Rthlr., Nov./Decbr. do., Dec./Jan. 11½ à 11¾ Rthlr., Jan. bis Mai do.; Spiritus loco ohne Faß 14¾ à 15 Rthlr. verkauft, mit Faß 14¾, p. Dkt. bis Dec. 15 Rthlr. Br., p. Frühjahr 17½ Rthlr. Br.

Ein junger Mensch, der den Buchhandel erlernen möchte, und wenigstens etwas Polnisch spricht, kann sich melden Wilhelmstraße No. 21. im Laden.

Wohnungs-Veränderung in Stettin.

Meine Wohnung ist jetzt Breitestraße 367, eine Treppe (im Schäferschen Hause).

A. Wittkowski, Glasermeister und Restaurateur.

In meinem Büchergeschäfte ist eine offene Stelle für einen gutgearteten beschäftigten Jüngling.

P. Lippmann.

Bronkerstraße No. 4. sind zu vermieten und sofort zu beziehen:

eine Wohnung im ersten Stockwerk, bestehend aus 8 Stuben nebst 1 großen Saal und sonstigem Zubehör; diese Wohnung kann auch getrennt vermietet werden;

ein Laden nebst Wohnung, und eine Wohnung von zwei Stuben im Hofe.

Am 19ten sind laut Benachrichtigung für mich diverse Waaren per Eisenbahnzug von Leipzig verladen worden, leider! aber bin ich bis heute den 26ten noch nicht im Besitze der so nothwendigen Waaren, daher es wohl erwünscht wäre, wenn wieder von Berlin auf hier „Eilfuhren“ gehen möchten, indem man auf mehr Zuverlässigkeit rechnen kann.

C. F. J.